Lichtenstein-Callnberger Tageblatt

Früher Wochen- und Nachrichtsblatt

Tageblatt für Hohndorf, Rödlitz, Bernsdorf, Rüsdorf, St. Egidien, Heinrichsort, Marienau, Neudörfel, Ortmannsdorf, Mülsen St. Niclas, St. Jacob St. Micheln, Stangendorf, Thurm, Niedermülsen, Kuhschnappel und Tirschheim

Amtsblatt für das **Kgl. Amtsgericht** und den **Stadtrat** zu **Lichtenstein**

Älteste Zeitung im Königlichen Amtsgerichtsbezirk

62. Jahrgang.

Nr 118. Verbreitetste Zeitung im Amtsgerichtsbezirk — **Freitag, den 24. Mai** — Haupt-Insertionsorgan im Amtsgerichtsbezirk — **1912**

Dieses Blatt erscheint täglich außer Sonn- und Festtags nachmittags für den folgenden Tag. — Vierteljährlicher Bezugspreis 1 Mk. 50 Pfg., durch die Post bezogen 1 Mk. 75 Pfg. Einzelne Nummern 10 Pfg. Bestellungen nehmen außer der Expedition in Lichtenstein, Dresdner Str. Nr. 55, alle Kaiserlichen Postanstalten, Postboten, sowie die Austräger entgegen. Inserate werden die fünfgespaltene Grundzeile mit 10, für auswärtige Inserenten mit 15 Pfg. berechnet. Reklamezeile 30 Pfg. Im amtlichen Teile kostet die zweispaltige Zeile 30 Pfg. Fernsprech-Anschluß Nr. 7. — Inseraten-Annahme täglich bis spätestens vormittags 10 Uhr. — Telegramm-Adresse: Tageblatt.

Am 24. dieses Monats, nachmittags 6 Uhr wird zur **Vorfeier** des **Geburtstages Sr. Majestät des Königs** im Hotel „Zur goldnen Sonne" hier ein

Festmahl

veranstaltet werden, wozu wir hierdurch herzlichst einladen. Der Preis des trocknen Gedeckes beträgt 3 Mark. Anmeldungen sind bis zum 24. dieses Monats vormittags 9 Uhr bei Herrn Hennig zu bewirken.

Lichtenstein, am 23. Mai 1912.

Der Festausschuß.

Anzeigen für die **Pfingstfest-Nummer,** welche vom Sonnabend bis mit Dienstag, also an vier Tagen aufliegt, werden der besseren Ausstattung und Plazierung wegen **schon jetzt erbeten.** Hochachtungsvoll **Expedition des Tageblattes.**

Das Wichtigste

* Der Kaiser hat dem Reichskanzler und den Staatssekretären v. Tirpitz, v. Heeringen, Dr. Solf und Kühn hohe Ordensauszeichnungen verliehen.

* Der Reichstag vertagte sich bis zum 26. November.

* Der russische Botschafter in Berlin Graf v. d. Osten-Sacken ist Mittwoch früh in Monte Carlo gestorben.

* Zum Präsidenten des ungarischen Abgeordnetenhauses wurde Graf Tisza gewählt.

* Die Budapester Sozialdemokraten kündigten für heute Wahlrechtsdemonstrationen und den Generalstreik an.

* In Algier wurde der Münchner Rechtsanwalt Weinberger und sein Bruder, dem er zur Flucht aus der Fremdenlegion verholfen hatte, verhaftet.

* Nach der Auskunft von Albanesenführern ist ganz Südalbanien in hellem Aufruhr.

* Der König von Italien stiftete 1001000 Francs für die aus der Türkei ausgewiesenen Italiener.

* Der englische Kriegsminister Haldane ist nach Deutschland abgereist.

* Bei Ueberschwemmungen in den Bergwerken von Gatico und in der Umgegend von Antofagasta sind 40 Menschen umgekommen oder verletzt worden.

Vom Deutschen Reichstage.

(Eigen-Bericht.) Sch. Berlin, 22. Mai.

Sturm vor Toresschluß.

Schon in den Vormittagsstunden ist das Haus heute dicht besetzt. In zehnstündiger Dauersitzung soll der Rest der Frühjahrsarbeit bewältigt werden, nachdem die Vertagung bis zum 26. November einmütig beschlossen ist. Da es sich heute ausschließlich um die dritte Lesung des Gesamtetats also um die endgültigen Entscheidungen handelt, hält jede Fraktion ihre Getreuen ängstlich beisammen, um vor Ueberraschungen geschützt zu sein. Der Aufmarsch der Staatssekretäre unter Führung des Herrn Reichskanzlers vollzieht sich in dem Augenblick, als der Sozialdemokrat Ledebour, der sich immer mehr zum wortführenden General der Partei heranbildet, die Tribüne bestiegt. Er bleibt noch einmal eine ganze Weile bei dem Ausspruch des Kaisers über die Elsaß-Lothringische Verfassung stehen. Er erregt sich so, daß er sich zu schweren Beleidigungen gegen den Kaiser hinreißen läßt. In England würde man den Thron in Scherben geschlagen oder den Kaiser in ein abgeschiedenes Schloß eingesperrt haben. Der Unmut der Bürgerlichen bricht laut los, und Herr Ledebour hat die Genugtuung, zwei Ordnungsrufe auf sein Haupt geladen zu haben, an denen er während der Sechsmonatspause zehren kann.

Wie Herrn Scheidemann, so tritt der Freikonservative Schultz heute Ledebour leidenschaftlich entgegen. Er ist so empört, daß er nur in abgebrochenen Worten sprechen kann. Herr Ledebour habe wieder einmal sein Herz ausgeschüttet und gezeigt, wohin die Reise geht. Da hält es den Reichskanzler auch nicht länger auf seinem Platz. Von tosendem Beifall der Bürgerlichen umrauscht, erklärt er, ohne die innerliche Aufregung dämpfen zu können, es falle ihm nicht schwer, für seinen Kaiser einzutreten, da er dabei die Mehrheit des deutschen Volkes hinter sich habe. Das deutsche Volk wolle von einem sozialistischen Regiment nichts wissen. Es halte an seinem Kaiser und seinen verfassungsmäßigen Institutionen fest. Mit dem Gedanken einer Reichstagsauflösung spielt der Kanzler zum Schluß seiner kurzen, kernigen Rede, als er auf den Tag hinweist, da das deutsche Volk den Sozialdemokraten die Antwort auf ihre Angriffe gegen Kaiser und Reich geben wird. Die Aufregung im Hause ist bis zur Siedehitze gediehen. Die Rechte und äußerste Linke lassen Zornes- und Lachausbrüchen freien Lauf, als Herr Schultz feststellt, daß Ledebour's Ausführungen sich gegen den Kaiser gerichtet haben. Es wird erst wieder einigermaßen ruhig, als der Revisionist Dr. Südekum zur Tribüne geht. Persönliche Angriffe hätten den Sozialdemokraten ferngelegen, sie wollten nur Angriffe auf die Verfassung zurückweisen. Seine Freunde würden sich selbst verkleinern, wollten sie ihre Tätigkeit auf einen Kampf gegen Personen beschränken.

Wie es in den Wald hineinschallt, so schallt es wieder heraus. Den maßvollen Worten Südekum's antwortet der Kanzler ruhig und ohne Schärfe. Die verfassungsmäßigen Zustände erkennen die Revisionisten wohl an. Aber was habe neulich Herr Scheidemann gesagt. Er habe zu einem scharfen Eingriff in unser Verfassungsleben aufgefordert. Auf Parteitagen sei von Verfassungsmäßigkeit keine Rede mehr. Zum dritten Mal stellt sich der freikonservative Schultz vor den Kaiser, der 24 Jahre lang getreu der Verfassung gelebt und gewirkt habe. Scheidemann glaubt von seiner Rede nichts zurücknehmen zu brauchen, da er ein Gegner jeder Gewaltpolitik sei. Der Kanzler habe ihn mißverstanden, sonst wäre sein Verlassen des Saales überflüssig gewesen. Allmählich glätten sich die Wogen, und der Friede scheint wieder den Sturm des Tages abgelöst zu haben, als der elsässische Sozialdemokrat Emmel beim Etat des Reichskanzlers noch einmal die Vorgänge im Elsaß ausführlich bespricht. In Vertretung des Kanzlers tritt der preußische Eisenbahnminister v. Breitenbach Herrn Emmel entgegen.

Und hurre, hurre, hopp, hopp, hopp, geht's nunmehr in fliegendem Galopp durch die Einzeletats. Eine kurze Debatte beim Etat des Reichsamts des Innern dreht sich hauptsächlich um die Regelung des Wohnungswesens. Beim Militäretat wiederholt Herr Gottein seine Beschwerden über Zurücksetzung der jüdischen Einjährigen. Der Kriegsminister versichert, daß im Heer kein Unterschied zwischen Christ und Jud gemacht werde. Mit dem Martyrium eines jungen Mannes, dessen Vater Sozialdemokrat ist, beschäftigen sich die Sozialisten Schultz und Frank ausgiebig.

Um die Ostmarkenzulage entspinnt sich noch in später Abendstunde ein grimmer Kampf. Die Wortführer der zweiten Lesung kämpfen mit Löwenmut. Aber es gelingt nicht, das Zentrum umzustimmen. Sozialdemokraten, Zentrum und Polen bleiben fest, und so wird nur die Milderung angenommen, daß den Beamten, die am Ende des Gehaltsjahres 1911 die Zulage behoben haben, 3/4 des Betrags als Entschädigung gewährt wird. Im übrigen ist die Ostmarkenzulage gestrichen.

Beim Postetat läßt Herr Zubeil, trotzdem er stürmisch gebeten wird, aufs Wort zu verzichten, seine Rede vom Stapel. Endlich gegen 1/2 8 kann man an die namentliche Abstimmung über die konservative Resolution gehen, die ein Arbeitswilligengesetz verlangt. Sie wird gegen die Stimmen der Rechten abgelehnt.

Der Reichskanzler ist erschienen. Herr v. Wahnschaffe trägt die Vertagungsurkunde hinter ihm her. Präsident Kämpf weist auf die große, bedeutsame Arbeit hin, die der Reichstag in unermüdlicher Arbeit erledigt hat, und Bassermann dankt Herrn Kämpf für die Geschäftsführung. Nicht trocken und nüchtern, wie in den Vorjahren, verliest der Kanzler die kaiserliche Urkunde. Er dankt zuvor im Namen des Kaisers und der Verbündeten Regierungen für die einmütige Bewilligung der Heeresvorlagen. Während sich die Sozialdemokraten bis auf den Rechtsanwalt Landsberg entfernen, bringt Herr Kämpf das Kaiserhoch aus. Und mit tausend herzlichen Wünschen für die lange Ferienzeit gehen Freund und Feind auseinander.

Deutsches Reich.

Berlin. (Noch eine Präsidentenwahl im Reichstag?) Die Kritik, die sowohl von rechts wie von der äußersten Linken an der Geschäftsführung des Präsidenten des Reichstags, Kämpf, in den letzten Tagen geübt worden ist, scheint in Verbindung mit dem Ergebnis der Prüfung der Wahl des Abgeordneten Kämpf dazu zu führen, daß Präsident Kämpf während der Vertagung des Reichstages sein Mandat niederlegen wird. Der Wahlprüfungsausschuß, dessen Bericht nun vorliegt, hat sich dahin ausgesprochen, daß dem Abgeordneten Kämpf, der in der Stichwahl 5588 Stimmen gegen den sozialdemokratischen Kandidaten Dümwell, der 5569 Stimmen auf sich vereinigte, 19 Stimmen abzuziehen und dem Sozialdemokraten Dümwell zuzuzählen sind. Bestätigt die Beweiserhebung diese Feststellungen des Ausschusses, so wäre von Rechts wegen nicht Kämpf, sondern Dümwell gewählt; jedenfalls wäre Kämpfs Mandat ungültig, und es müßte eine Neuwahl stattfinden. Wie es heißt, beabsichtigt Kämpf, sich wieder um das Mandat zu bewerben. Nach den Proben seiner Geschäftsführung und bei dem Konflikt, in den er auch mit der Sozialdemokratie, deren Stimmen ihn zum Präsident machten, geraten ist, dürfte — seine Wiederwahl vorausgesetzt — wohl davon Abstand genommen werden, ihm noch einmal die Mühen der Geschäftsführung zuzumuten, zumal ja noch ein Fortschrittlicher im Präsidium bleibt und Kämpf wirklich schon recht alt ist. Das scheint er selbst und seine Parteifreunde auch erkannt zu haben, denn in Stuttgarter eingeweihten Kreisen wird versichert, daß Herr v. Payer als Nachfolger des gegenwärtigen Präsidenten des Reichstages Dr. Kämpf in Betracht kommt. Herr v. Payer ist lange Jahre Präsident der württembergischen Zweiten Kammer und hat vor einiger Zeit erklärt, er wolle sein Landtagsmandat niederlegen. Es fragt sich nur, ob die Mehrheit des Reichstags mit seiner Präsidentschaft einverstanden sein wird.

— Die Wiederherstellung der Ostmarkenzulage wurde in der gestrigen Reichstagssitzung abgelehnt. Der Reichstag beschloß dafür, den Beamten Entschädigungen in der Höhe der Zulagen für die Zeit bis zum 31. Dezember 1912 zu gewähren.

SLUB
Wir führen Wissen.